Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2609**

16. Wahlperiode 18. 09. 2006

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Dr. Wolfgang Gerhardt, Birgit Homburger, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Rainer Brüderle, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

zu der ersten Beratung des Antrags der Bundesregierung – Drucksache 16/2572 –

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Nahostkonflikt ist seit Jahrzehnten einer der gefährlichsten Konflikte der Weltpolitik. Der Konfliktherd Nahost verfügt über ein Eskalationspotential, das weit über die Region hinausreicht, mit unmittelbaren Auswirkungen auf den internationalen Terrorismus, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und letzten Endes auf den Weltfrieden. Die schlimmsten Bedrohungen des neuen Jahrhunderts verlieren im Nahen Osten an Trennschärfe und tragen das Potential eines Flächenbrandes in sich, der – einmal ausgebrochen – möglicherweise nicht mehr aufzuhalten ist.

Der Nahe Osten hat in den letzen Monaten durch den Libanonkonflikt und die Zuspitzung der Situation im Gazastreifen erneut eine leidvolle Phase der Gewalt durchlebt. Der Beschluss der UNO, durch Aufstockung der UNIFIL auf bis zu 15 000 internationale Soldaten Verantwortung für die Stabilisierung des Libanon zu übernehmen, hat zumindest vorerst für eine Einstellung der Gewalt im Libanon gesorgt. Mit der Aufstellung einer internationalen Friedenstruppe im Südlibanon und der Sicherung der seeseitigen libanesischen Grenze werden aber nicht die Konfliktursachen im Nahen Osten beseitigt. Bestenfalls wird durch die erweiterte internationale Truppenpräsenz Zeit gewonnen, um einen

neuen Anlauf für einen politischen Friedensprozess im Nahen Osten zu unternehmen.

Sollte die internationale Staatengemeinschaft ihrer Verantwortung bei der Initiierung und aktiven Begleitung eines solchen politischen Friedensprozesses jetzt nicht gerecht werden, steht zu befürchten, dass die Gewalt im Nahen Osten bald wieder aufflammt, dass die UNIFIL-Soldaten im Südlibanon und auf See erheblichen Gefahren ausgesetzt werden und dass die internationale Staatengemeinschaft im Falle eines Scheiterns nachhaltig an Glaubwürdigkeit verliert. Der Einsatz von UN-Soldaten würde dann – leider nicht zum ersten Mal in der Geschichte internationaler Friedenseinsätze – zu einem bloßen Ersatz für intensive Bemühungen um eine politische Konfliktlösung werden.

Ein politischer Ansatz zur Lösung des Nahostkonfliktes darf sich nicht auf eine vorübergehende Beilegung der jüngsten Libanonkrise beschränken, sondern muss die unterschiedlichen, miteinander verwobenen Konfliktdimensionen der Region einbeziehen. Schlüssel ist dabei das Schicksal der Palästinenser, das – tatsächlich oder durch andere Kräfte instrumentalisiert – hinter unterschiedlichen Konfliktlinien steht.

Ein politischer Friedensprozess für den Nahen Osten muss deshalb so konzipiert werden, dass er der mehrdimensionalen Konfliktstruktur gerecht wird und den Menschen eine bessere Lebensperspektive bietet. Das Existenzrecht des jüdischen Staates Israels in sicheren Grenzen muss gewährleistet werden. Das entspricht nicht nur der historischen und moralischen Verantwortung unseres Volkes, es ist und bleibt für Deutschland Teil seiner Staatsräson und ist darüber hinaus unabdingbare Voraussetzung für einen nachhaltigen Frieden im Nahen Osten.

Auch die Palästinenser haben Anspruch auf einen eigenen Staat, der endlich realisiert werden muss. Schon kurzfristig müssen die derzeit unerträglichen Lebensbedingungen der Palästinenser so verbessert werden, dass dem palästinensischen Terrorismus der Boden entzogen wird. Für das Problem der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge muss eine für beide Seiten akzeptable Lösung gefunden werden.

Der Libanon muss so stabilisiert werden, dass das Land ohne Einmischung seiner Nachbarn und selbstbestimmt die Sicherheit und Ordnung innerhalb seiner Grenzen gewährleisten kann. Dazu braucht der Libanon umfassende Hilfe beim Wiederaufbau seiner Infrastruktur. Im Laufe dieses Stabilisierungsprozesses muss alles unternommen werden, die Hisbollah von der Notwendigkeit eines Gewaltverzichtes zu überzeugen, um als politische Kraft im Libanon voll integriert und international anerkannt zu werden.

Die Beziehungen zwischen Israel auf der einen und dem Libanon und den Palästinensern auf der anderen Seite werden nur dann dauerhaft zu befrieden sein, wenn auch ein Gefangenenaustausch durchgeführt wird. Die internationale Staatengemeinschaft muss durch intensivierte Kontakte mit moderaten Kräften sowohl bei der Hamas als auch bei der Hisbollah auf eine Transformation beider Gruppierungen zu rein politisch-sozialen Organisationen hinwirken.

Sicherheit und Frieden im Nahen Osten setzen dauerhaft eine Regelung der noch offenen Grenzfragen zwischen Israel und seinen Nachbarn, aber ebenso zwischen dem Libanon und Syrien voraus. Dabei müssen auch die umstrittenen Fragen der Golanhöhen und der Shebaa-Farmen gelöst werden. Der Abschluss von Friedensabkommen zwischen Israel auf der einen und dem Libanon, den Palästinensern und Syrien auf der anderen Seite muss diesen Prozess abschließen.

Ohne Einbindung Syriens ist der Nahostkonflikt nicht zu lösen. Den Syrern muss ein Weg aus der Umarmung des Iran und zurück zu einem akzeptierten, kooperationswilligen Partner der internationalen Staatengemeinschaft geebnet werden. Dabei könnte als Anreiz etwa auch das Euromed-Assoziierungsabkommen der EU mit Syrien in Kraft gesetzt werden. Der Iran muss in die Suche

nach einer Friedenslösung für Nahost so eingebunden werden, dass die ideologische und logistische Unterstützung des Terrorismus in der Region künftig unterbleibt.

Zur Absicherung der Nachhaltigkeit einer Friedenslösung sollte am Ende ein effektiver Konfliktmechanismus, also etwa eine Schiedsgerichtsbarkeit, etabliert werden, dem sich alle regionalen Parteien für die Zukunft unterwerfen.

Die Geschichte liefert uns nicht die Legitimation oder gar den Vorwand, uns aus der Gestaltung eines auf Frieden und Sicherheit im Nahen Osten zielenden Prozesses herauszuhalten. Im Gegenteil: Unsere aus der Geschichte gewachsenen Verantwortung, ebenso wie unsere Interessen und Überzeugungen, verpflichten uns, bei dieser großen, die gesamte Völkergemeinschaft betreffenden Aufgabe Verantwortung zu übernehmen. Dabei ist es eine Frage der politischen Klugheit, zu entscheiden, welche deutschen Beiträge für die Gestaltung dieses Prozesses am wirksamsten und in Hinblick auf das beschriebene Vertrauenskapital in der Region am konstruktivsten sein können.

Deutschland genießt im Nahen Osten auf allen Seiten Vertrauen und kann bei der Initiierung eines umfassenden politischen Friedensprozesses als „ehrlicher Makler“ eine wichtige Rolle spielen. Unser unbezweifelbares Bekenntnis zu Israels Existenzrecht und unser gleichzeitig vertrauensvolles Verhältnis zu vielen arabischen Staaten ist ein politisches Vertrauenskapital, das in der westlichen Welt vielleicht sogar einzigartig ist. Dieses politische Kapital muss gerade jetzt klug eingesetzt werden. Deshalb sollte Deutschland sich auf eine aktive politisch-diplomatische Rolle im Nahen Osten konzentrieren und auf eine militärische Beteiligung an UNIFIL verzichten.

Der geplante militärische Einsatz lässt zudem entscheidende Fragen unbeantwortet. So ist die Entwaffnung der Hisbollah nach wie vor ebenso unklar wie die Rolle und die Befugnisse der libanesischen Verbindungsoffiziere auf den Booten und Schiffen der Bundeswehr. Weiterhin ist die Frage der Überwachung und Kontrolle der libanesischen Grenze zu Syrien ungeklärt.

Deutschland hat als jahrzehntelang geteiltes Land besonders vom KSZE-Prozess (KSZE: Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; jetzt OSZE) profitiert, der bei der Überwindung des Ost-West-Konfliktes und der Teilung des Kontinents und unseres Landes geholfen hat. Der Prozess beruhte auf der gleichberechtigten Einbeziehung aller regionalen und der wichtigsten internationalen Akteure sowie einem Drei-Körbe-Ansatz aus Rüstungskontrolle/Vertrauensbildung, wirtschaftlicher Kooperation und Menschenrechtsdialog.

Ein auf die Erfahrungen des KSZE-Prozesses gestützter umfassender und mehrdimensionaler Friedensprozess könnte bei der Suche nach einer tragfähigen Friedenslösung für den vielschichtigen Nahostkonflikt wertvolle Dienste leisten, auch wenn dieser Ansatz bislang bei einigen Konfliktparteien auf Vorbehalte stößt. Deutschland sollte in der Region und unter den Partnern für einen solchen mehrdimensionalen Prozess werben und die Initiative für die Etablierung einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten“ ergreifen.

Entscheidend für die Chancen einer politischen Friedenslösung für den Nahen Osten bleibt, dass insbesondere die ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und für eine schnelle Wiederbelebung des Nahost-Quartetts aus UNO, EU, den USA und Russland sorgen. Die internationale Staatengemeinschaft muss sich bewusst werden, dass sie ihr Engagement für den Frieden in der Region jetzt nicht auf die Entsendung einer Friedenstruppe in den Südlibanon beschränken darf.

Wenn die politische Bewertung eine Beteiligung deutscher Streitkräfte an UNIFIL für erforderlich hält, darf allerdings unter keinen Umständen die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der vornehmlich betroffenen Teilstreitkraft der Bundeswehr sowie die Frage der Finanzierung unterbleiben. So werden einerseits durch die geplante Seeraumüberwachung große Teile der Bundesmarine auf nicht absehbare Zeit gebunden, andererseits handelt es sich hierbei um den fünften Großeinsatz der Bundeswehr, der logistisch unterstützt werden muss. Eine Überdehnung der Leistungsfähigkeit ist zu befürchten, die direkt die Sicherheit des eingesetzten Personals betreffen würde. Diese Problematik wird zudem verstärkt durch die Finanzierung des Einsatzes, zumindest für das Jahr 2006, aus dem Einzelplan 14. Es ist somit zu befürchten, dass die dadurch notwendigen Einsparungen an anderer Stelle zu Lasten der Soldatinnen und Soldaten sowie der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr gehen. Die Haushaltsplanung muss einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen werden.

Um unserer besonderen Verantwortung gegenüber Israel gerecht zu werden und die konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Staaten im Nahen Osten statt zu gefährden zu fördern, sollte Deutschland einerseits den politischen Friedensprozess forcieren und so zu einer baldigen, dauerhaften Lösung beitragen sowie andererseits an führender Position humanitäre Hilfe, Wiederaufbauhilfe und Ausbildungshilfe für Polizei und Militär in der gesamten Konfliktregion leisten.

Aus den genannten Gründen wird der Antrag der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 16/2572) abgelehnt.

Berlin, den 18. September 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333